

mittendrin

Ausgabe 04/2010
Informationen des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte

Linksfraktion gut in Form

Udo Wolf zu den Ergebnissen der Klausurberatung



Foto: Archiv

Links wirkt! – im Abgeordnetenhaus und in ganz Berlin

Noch ist etwas Zeit, ehe in Berlin wieder der Wahlkampf beginnt. Dabei ist die Linksfraktion gut vorbereitet und dass wir über 2011 hinaus weiter mitregieren, ziemlich wahrscheinlich.

Wir sind in den vergangenen Jahren in einer rot-roten Koalition erkennbarer geworden: bei Bildung, Mindestlohn und öffentlich geförderter Beschäftigung. Unser Berlinpass ermöglicht Hartz IV-Empfangenden unbürokratisch die Teilhabe am kulturellen Leben und Mobilität in der Stadt. Mit uns gibt es Konzepte im Kampf gegen Diskriminierung, gegen Rechtsextremismus und für mehr direkte Demokratie.

Neue Ziele sind hinzugekommen, für den sozial-ökologischen Umbau der Stadt, für

mehr staatlichen Einfluss auf die Landesbetriebe, für bezahlbare Mieten und bessere Integration. Wir wollen deutlich machen, dass eine linke Stadtregierung für Berlin die bessere Lösung bleibt.

Auf unserer Fraktionsklausur am brandenburgischen Döllnsee haben wir dafür wichtige Grundlagen geschaffen und nicht nur beim Jogging in der Mittagspause gezeigt, dass die Linke in Berlin derzeit richtig gut in Form ist. Die Berlinerinnen und Berliner sehen unseren Anteil an der Lösung von Problemen in der Stadt und sie wissen das auch mehr und mehr zu schätzen. Sie erzählen uns, was schief läuft, weil sie erwarten, dass wir uns kümmern. Und das machen wir auch.

Statt kritischer Ratschläge erreichen wir jetzt Anfragen aus anderen Fraktionen, insbe-

sondere aus dem Westen: Schickt uns doch mal was zur Gemeinschaftsschule, oder: Wie macht ihr das eigentlich mit dem ÖBS? Könntet ihr mal das Vergabegesetz schicken, oder: Gebt uns mal euer Integrationskonzept.

Wir werben im Gegenzug im Bundestag und Bundesrat um Unterstützung z.B. in der Mietpolitik. Denn da ist leider auf Landesebene alleine nicht viel zu regeln.

Trotzdem haben wir die stadtweite Debatte um Soziale Wohnungspolitik angeschoben und erneut zu einem wesentlichen Schwerpunkt unserer Arbeit gemacht. Denn Mietpreisentwicklungen sind neben einer sozialen Polarisierung der Gesellschaft zentrale Triebkräfte für Verdrängung und Ausgrenzung. Wir wollen, dass die Bevölkerungsvielfalt in den Wohnquartieren erhalten bleibt und soziale Segregation verhindert wird. Mieten müssen bezahlbar sein, staatliche Förderungen gezielt bei Mietern ankommen und Kieze stabilisiert werden.

Und auch beim Klimaschutzgesetz sind wir gefordert. Es soll noch 2010 den Rahmen für die stufenweise Umsetzung der ehrgeizigen Klimaschutzziele Berlins abstecken. Das wollen wir, ohne Mieter zu verdrängen oder Besitzer von Eigenheimen in Bedrängnis zu bringen.



Foto: Archiv

Und was die Unternehmen der Daseinsvorsorge betrifft – da ist unser Ziel, dort wo Unternehmen vor unserer Regierungszeit privatisiert wurden, den Einfluss des Landes wieder zu erhöhen.

Berlin als starke Stadt und soziale Metropole, dafür stehen unsere Themen. Wie richtig wir mit ihnen liegen, zeigt wohl auch, wie sehr die Grünen und auch die SPD inzwischen überall darüber diskutieren.

Udo Wolf

Fraktionsvorsitzender

Einladung zum Gesprächskreis

Donnerstag, 8. April, 19 Uhr im Saal 1 des Karl-Liebknecht-Hauses
(Kleine Alexanderstraße, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz)

Thema: **Was sind neue bzw. weiterführende Probleme unserer Programmdebatte, was sind wesentliche Streitpunkte und wie verhalten wir uns dazu?**

Gäste: **Bernd Ihme**, Sekretär der Programmkommission beim Parteivorstand und **Conny Hildebrandt**, Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Moderation: **Anni Seidl**

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Im Jobcenter Mitte wurde eine vorläufige Haushaltssperre verhängt. Dieses Schicksal teilt es mit weiteren fünf Jobcentern in Berlin. Welche Ursachen diesen Zustand herbeigeführt haben und welche Auswirkungen der Ausgabenstopp für die Langzeitarbeitslosen in Mitte hat, erfragte DIE LINKE in der Märzsession der BVV.

Die Mitteilung der Agentur für Arbeit an das Jobcenter Mitte ist eindeutig. Nur 30 Prozent der bewilligten Mittel für die Eingliederungsmaßnahmen von Langzeitarbeitslosen dürfen verausgabt werden. Eine Überschreitung ist nicht erlaubt. Hintergrund dieser Entscheidung ist die vorläufige Haushaltswirtschaft im Bund und der Beschluss der schwarz-gelben Bundesregierung, 900 Millionen Euro für die Jobcenter und Optionskommunen im Jahr 2010 zu sperren.

Die eingeschränkte Mittelzuteilung in Höhe von 30 Prozent seines Haushalts führt im Jobcenter Mitte dazu, dass derzeit keine Neubewilligungen erteilt werden können. Langzeitarbeitslose, die jetzt im Jobcenter Mitte vorsprechen, um eine Fördermaßnahme wie zum Beispiel einen Fortbildungsgutschein, eine ÖBS-Stelle oder einen Beschäftigungszuschuss zu erhalten, werden enttäuscht und auf spätere Zeiten vertröstet. Auch die Verlängerung von Beschäftigung in Projekten der Arbeitsförderung wird nicht bewilligt. Erst Ende April sollen wohl wieder Eingliederungsmaßnahmen möglich werden. Die Maßnahmenplanungen und deren Realisierung im laufenden Jahr 2010 geraten dadurch im Jobcen-

Blick aus dem Amt:

Sprachförderung hat Priorität

Vor wenigen Tagen unterzeichneten VertreterInnen der Senatsaußenstelle für Bildung und des Bezirksamtes Mitte eine Vereinbarung zur Einrichtung eines bezirklichen Sprachförderzentrums. Ziel ist es, die vielfältigen Aktivitäten zur Sprachförderung besser zu koordinieren, Ressourcen zielgerichteter einzusetzen und vor allem die Qualität sprachfördernder Maßnahmen zu sichern.

Die gute Beherrschung der deutschen Sprache ist unbestritten eine wichtige Voraussetzung für Chancengleichheit beim Zugang und beim Erwerb von Bildung, für existenzsichernde Arbeit und gleichberechtigte Teilhabe am Leben der Gesellschaft. Untersuchungen belegen, dass Defizite beim sicheren Umgang mit der deutschen Sprache nicht in erster Linie ein Migrations-, sondern vor allem Ausdruck sozialer Probleme sind. Eine Schlüsselrolle beim Abbau sozialer Benachteiligung und sprachlicher Frühförderung nehmen die Kitas ein. Mit den vom Abgeordnetenhaus Ende 2009 beschlossenen Maß-



Haushaltssperre beim Jobcenter Mitte

ter Mitte bereits jetzt aus den Fugen. Es ist abzusehen, dass von den ehemals geplanten 15.000 Eingliederungsmaßnahmen höchsten noch 12.500 realisiert werden können. Das ist eine massive Einschränkung.

Bewährte Instrumente einer qualifizierten Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose, wie der Öffentliche Beschäftigungssektor (ÖBS) zu Mindestlohnbedingungen in Berlin, werden gefährdet, weil die Bundesregierung eine bisherige Finanzierungsquelle, den Beschäftigungszuschuss, nicht mehr weiterführen will. Von einem Förderangebot für alle und einer individuellen Betreuung kann da kaum gesprochen werden. Die schwarz-gelbe Regierungskoalition fährt in der Arbeitsmarktpolitik einen gefährlichen Kurs und die Auswirkungen sind schon jetzt in Mitte zu spüren.



Foto: Archiv

nahmen zur Erweiterung des Zugangs, für einen verbesserten Personalschlüssel und zur Fortführung der Beitragsfreiheit soll der frühzeitige Kita-Besuch gefördert werden. Und es zeigt Wirkung: Hatten 2005 noch 24,4% aller Berliner Kita-Kinder erhöhten Sprachförderbedarf, waren es 2009 16,5%. In Mitte brauchen 23,5% der Kinder eine intensivere Förderung. Davon ist über jedes zehnte Kita-Kind deutscher Herkunftssprache. Um hier Verbesserungen zu erzielen, setzt das Sprachförderzentrum u.a. auf einen Ausbau der Elternarbeit. Hilfreich ist dabei, dass die Bezirke aus dem Landeshaushalt zusätzlich 420.000 Euro für die »Mütterkurse« erhalten. Von besonderer Bedeutung ist, dass sich das Sprachförderzentrum auch Kompetenzvermittlung in Sachen Mehrsprachigkeit zum Ziel gesetzt hat. Es geht darum, den Wert der Muttersprache eines

Ergebnisse der BVV-Sitzung

Anfragen u.a.:

■ **Von wie viel Grundstücken/Flurstücken** wird die Plansche in der Invalidenstraße getragen und in wessen Eigentum befinden sich die Grundstücke? Hat das Bezirksamt die Absicht, die Grundstücke langfristig für die gegenwärtige Nutzung zu sichern? Hält das Bezirksamt den Einsatz von Mitteln aus Ausgleichsmaßnahmen für das Bauvorhaben Umbau der Invalidenstraße dafür als geeignet? (DIE LINKE) 1583/III

■ **Wie ist der Stand** der Entwurfsfassung für ein integriertes Stadtteilkonzept für einen Aktionsraum Plus in Wedding/Moabit? Mit welchen zusätzlichen Mitteln kann der Bezirk rechnen und wie wird die BVV bei der Mittelverteilung einbezogen? Wann wird eine Maßnahmenplanung vorgelegt und wie werden die BVV und lokale Akteure daran beteiligt? (DIE LINKE) 1586/III

Beschlossen u.a.:

■ **Schulentwicklungsplan 2009** des Bezirks Mitte von Berlin mit beschlossenen Änderungen im bezirklichen Schulnetz (Grundschulen, Integrierte Sekundarschulen, Gymnasien). (1609/III)

Überwiesen u.a.:

■ **Im Land Berlin** sollen folgende Regeln bei Zuwendungs- bzw. Entgeltfinanzierung öffentlicher Aufgaben mit öffentlichen Geldern des Landes Berlin verbindlich werden. Die Pflicht zur Veröffentlichung der Gehälter der Geschäftsführer bzw. bezahlter Vorstände (inklusive Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte) beim Empfänger der Zuwendungs- bzw. Entgeltfinanzierung ist verbindlicher Bestandteil des Zuwendungsbescheides bzw. vertraglicher Regelungen. Träger bzw. Unternehmen gewährleisten Tarifentlohnung bzw. eine Mindestentlohnung nach gesetzlichen Regelungen und eine Personalvertretung, sofern die Beschäftigten eine solche anstreben. Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, ob parallel die genannten Regeln bei Zuwendungs- bzw. Entgeltfinanzierung öffentlicher Aufgaben mit öffentlichen Geldern des Bezirksamtes Mitte bereits angewendet werden können. (DIE LINKE) 1607/III

jeden anzuerkennen, wertzuschätzen und Mehrsprachigkeit bewusst zu fördern, wie wir Linken es seit langem als eine wesentliche Voraussetzung für eine gelingende Integration fordern.

Petra Schrader

Bezirksstadträtin für Jugend

So soll unser Berlin einmal werden!

Linksfraktion im Abgeordnetenhaus diskutierte und formulierte Zielstellungen für die Hauptstadt



Foto: Archiv

Berlin ist nicht nur am Karneval der Kulturen bunt. Die Zukunft Berlins soll vielfältig, kreativ und mehr soziale Gerechtigkeit für alle bieten.

Zu informieren ist über drei Beschlüsse. Zusammen genommen bilden sie ein überschaubares Programm für eine lebendige Zukunft Berlins und der Menschen in dieser Stadt. Ich habe versucht, einige Fakten und Aussagen zu bündeln, die ich für die wesentlichen halte. Heinz Grote.

1. Lebenswert und zukunftsfähig

Unter diesen zwei Grundaussagen sind Handlungsfelder benannt, auf denen die LINKE die Stadtentwicklung voran bringen will. Orientiert wird auf einen sozial-ökologischen Umbau in Berlin. Obenan steht dabei die soziale Verantwortung bei allen konkreten Schritten. Die Wirtschaft soll qualitativ, nicht nur der Menge nach wachsen, also mit Technologien, die Ressourcen sparen und erneuerbare Energien nutzen, und speziell hier neue Arbeitsplätze schaffen. Bestehende Gebäude müssen sozial verträglich und umweltschonend saniert werden. Notwendiger Flächenverbrauch muss sich mit der Umwelt «vertragen», darf sie nicht zerstören. Öffentliche Aufträge sollen ressortübergreifend ökologisch

ausgeschrieben sein. Chancen für die Region sieht die LINKE im Berlin-Brandenburger Zusammenwirken.

2. Soziale Wohnungspolitik

Hier lautet das Ziel der LINKEN: Stadt- und Wohnungspolitik müssen sozial orientiert sein, damit sich Armut und Ausgrenzung nicht räumlich verfestigen. Wir wollen in den Wohnbezirken die Bevölkerungsvielfalt erhalten. Bezahlbaren Mieten gehört deshalb besondere Aufmerksamkeit. Der Beschluss nennt parlamentarische Initiativen und Anträge der Koalition, die hierzu bereits eingebracht wurden. Zwangsumzüge sollen auch künftig verhindert werden. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sind Partner sozialer Wohnungspolitik. Sie stellen stadtweit Wohnraum zu angemessenen Mieten zur Verfügung. Deshalb soll der kommunale Wohnungsbestand in Berlin schrittweise wieder ausgeweitet werden. Zweckentfremdung von Wohnraum muss wirksam verhindert werden. Hier soll der Senat die städtischen Wohnungsbaugesellschaften in die Pflicht nehmen.

3. Unternehmen der Daseinsfürsorge

Knapp und deutlich fordert dieser Beschluss: Es gilt, den öffentlichen Einfluss auf diesen Gebieten wieder zu gewinnen und zu erhöhen. Das erfordert strategischen Blick und einen langen Atem. Die politischen Entscheidungen, mit denen in den 90er Jahren öffentliches Eigentum privatisiert worden ist, müssen rückgängig gemacht werden. (Verkauf der BEWAG, der Gasag, von Teilen der Wasserbetriebe und großer kommunaler Wohnungsbestände). Diese lebenswichtigen Betriebe wurden der öffentlichen und demokratischen Steuerung entzogen. Kontrollen durch Senat und Parlament fanden nicht statt. Erst die rot-rote Koalition hat das wieder durchgesetzt. Erst sie hat Korruption und Filz gestoppt. Ein »Stadtwerk« für Berlin könnte der Preispolitik der privaten Großunternehmen wirksam begegnen.

Besonderes Gewicht wird in diesem Beschluss dem öffentlichen Nahverkehr beigegeben. Die LINKE will ihn unter öffentliche Kontrolle bringen. Das S-Bahn-Chaos, unter dem Berliner und ihre Gäste seit Monaten zu leiden haben, hat eine erkennbare Ursache. Der Mutterkonzern DB forderte jedes Jahr hunderte Millionen Euro »Gewinnabführung« – Geld, das bei Instandhaltung und Investitionen fehlt. Die entnommenen Gewinne sollten die DB für den Börsengang attraktiv machen. Das öffentliche Interesse an einem funktionierenden Nahverkehr war den DB-Managern wurscht.

Die besprochenen Beschlüsse der Fraktion der Berliner LINKEN liegen in der Geschäftsstelle im Karl-Liebknecht-Haus vor. Sie können im Internet unter www.linksfraktion-berlin.de/fraktion/in_klausur/februar_2010/ abgerufen werden.

Sprechzeiten im Fraktionsbüro

Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte von Berlin

Montag 16.30 – 17.30 Uhr und am 3. Mittwoch von 10–11.30 Uhr im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3, 10178 Berlin, Raum 323, Telefon: 9 01 82-45 65

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung der Fraktion DIE LINKE in der BVV und des Bezirksvorstandes mit Rechtsanwalt André Roesener.

An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstraße 145, 10115 Berlin und am letzten Mittwoch jedes Monats im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin, Raum 505 – 5.Etage.

Kurznachrichten

Kaufkraft in Berlin

Die reichsten Berliner wohnen in Dahlem, Frohnau und Hermsdorf, Kreuzberg an der Grenze zu Mitte. Mitte, Lichtenberg und Friedrichshain-Kreuzberg sind die Bezirke mit dem wenigsten Vermögen. Die jährliche Kaufkraft je Einwohner in Mitte beträgt 15 340 Euro. Die durchschnittliche Kaufkraft eines Berliners liegt mit 16 880 Euro deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 18 904 Euro. Sie schrumpft in Berlin.

Wedding: Mehr als Bücher

Die Schiller-Bibliothek in Wedding soll zu einem Bildungs- und Lernzentrum für Familien werden. In den kommenden drei Jahren werden die Räumlichkeiten an der Müllerstraße von 300 auf 1600 Quadratmeter erweitert und attraktiver gestaltet. Die Müllerstraße ist eines von insgesamt fünf Projekten im Bund-Länder-Programm »Aktive Stadtzentren«.

Berliner Shoppingcenter Alexa wird verkauft

Der rosa Riesenbau am Alexanderplatz bekommt einen neuen Besitzer. Ein Teil wird für 316 Millionen Euro verkauft. Dass viel mehr Geld hereinkommt, als die Investoren seinerzeit für den Bau ausgaben, liegt daran, dass Alexa trotz Krise bestens läuft.

Luxushotel am Berliner Hauptbahnhof

Einer der weltweit größten Hotelkonzerne kommt nach Berlin und wird am Hauptbahnhof ein Hotel- und Kongresszentrum beziehen. Das neue Sheraton-Haus (vier Sterne plus) verfügt über 464 Zimmer und Suiten, geplant ist auch so manche Besonderheit. Das neue Sheraton-Hotel mit Passagen, Boutiquen und einem Glasrondell grenzt direkt an den Hauptbahnhof.

DIE LINKE Berlin-Mitte im Netz

www.die-linke-berlin-mitte.de

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »mittendrin« zum Herunterladen.

Linksfraktion der BVV im Internet

www.linksfraktion-berlin-mitte.de

Die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte – immer auf dem neuesten Stand.

mittendrin · 4/2010

Vision Mauerpark

Bündnis 90/Grüne für Bebauung des Areals



Fotos: Archiv

Nicht nur an Walpurgisnacht ist der Mauerpark Treffpunkt junger Menschen. Und tagsüber wird Sport betrieben.

Wo einst Mauer und Stacheldraht zwei Weltsysteme trennten, sollte nach dem Fall der Mauer ein Park die Ost-West-Bezirke Prenzlauer Berg und Wedding verbinden. Der Mauerpark war, ähnlich wie der Radweg auf dem einstigen Mauerstreifen rund um Berlin, eine wunderbare Vision. Der 165 km lange Radweg ist mittlerweile fertig.

Der sehr viel kleinere Mauerpark zwischen Bernauer Straße und Gleimstraße wird wohl noch einige Zeit Vision bleiben. Die Schwierigkeit liegt darin, dass sich die Fläche die jetzigen Bezirke Mitte und Pankow teilen. Während Pankow seine Bringschuld für den Park erbracht hat, hat sich Mitte auf eine Dealerei mit dem Grundstückseigentümer eingelassen. An und für sich handelt es sich um ein für Renditejäger wertloses Grundstück, weil Berlin 1994 im Flächennutzungsplan (FNP) die gesamte Fläche als Grünfläche, also nicht bebaubare Fläche auswies. Dennoch versucht die Eigentümerin Vivico seit Jahren, die Fläche wenigstens teilweise zu bebauen. Aufgabe der Bezirkspolitik wäre es, die Vivico sehr deutlich in die Schranken zu weisen. Mit einem Antrag in der BVV hat DIE LINKE Ende letzten Jahres genau das versucht. Der Antrag wollte 100% Mauerpark und die Unterstützung der Bürgerinitiativen durch den Bezirk, die seit über 10 Jahren für die Fertigstellung des Mauerparks kämpfen. Unterstützt wurde der Antrag von der CDU und den regelmäßig lautstark demonstrierenden Bürgerinnen und Bürgern. Die neue Mehrheit aus SPD, Grünen und FDP im Bezirksparlament sah das anders. Kraft ihrer Mehrheit veränderten sie den Antrag so, dass eine Bebauung nun nicht mehr ausgeschlossen ist, im Gegenteil: eine



teilweise Bebauung soll ausdrücklich möglich sein. Die Pläne die dazu bereits bekannt sind, sehen eine Bebauung an der Bernauer Straße in einer Dimension vor, die 32 Supermärkten entspricht oder einem Drittel des Alexa. Konflikte mit den Parkbenutzern sind so vorprogrammiert, der bisherige Charakter des Parks wird in Frage gestellt.

Baustadtrat Gothe (SPD) bezeichnete in der Debatte um den Antrag den Mauerpark als die zweitwichtigste Berliner Grünfläche nach dem Tiergarten. Er wäre es vielleicht, wenn er denn bald fertig gestellt werden würde. Eine unsoziale Allianz ist gerade dabei, das zu verhindern.

Sven Diedrich

DIE LINKE Berlin Mitte

Menschen in Mitte

Dr. Abels Lebenswerk zum Wohl der Kinder – »eingespart«



Foto: Herold

Thomas Abel, langjähriger Leiter der Beratungsstelle für Risikokinder

Das Lebenswerk von Thomas Abel wurde einfach »eingespart«. Das, was der verdiente Kinderarzt und seine Mitarbeiter in fast zwei Jahrzehnten mit viel Liebe, Fleiß und Engagement für hilfsbedürftige Kinder und deren Familien in Berlin-Mitte geschaffen und erreicht haben, gehört seit einigen Wochen der Vergangenheit an. Der verschuldete Bezirk muss 2010 rund 25 Millionen Euro einsparen. Das Angebot der Beratungsstelle für Risikokinder, deren Leiter der heute 63jährige seit 1992 war, gehöre nicht zu den gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben, war die Begründung des Gesundheitsamtes. Man habe das Team »lange genug verschont«. Selbst der Bürgermeister von Mitte, Christian Hanke (SPD), zugleich Stadtrat für Gesundheit, nahm sich nicht die Zeit, sich dessen Sorgen und Nöte anzuhören.

Als Dr. Abel im Haus der Gesundheit in der Reinickendorfer Straße 60 sein Amt antrat, hatten die sozialen Probleme längst die noch Jahrzehnte zuvor dominierenden gesundheitlichen Beschwerden der Heranwachsenden weit übertroffen. »Immer mehr arme Familien, vor allem Einwanderer, alleinstehende Mütter benötigen seitdem dringend Beratung und Hilfe«, sagt der Vater von zwei Söhnen. Verfaulte Milchzähne, Übergewicht, Sprach-

probleme und andere erschreckende Ergebnisse offenbarten zunehmend allein die Erstklässleruntersuchungen.

»Uns war es gelungen, ein Netzwerk mit den Quartiersmanagern des Stadtbezirks, mit der Volkshochschule, dem SOS-Kinderdorf, den Kiezmüttern und vielen anderen Partnern zum Wohle der Kinder aufzubauen«, resümiert Thomas Abel. Jährlich wurde 500 bis 600 betroffenen Familien konkret geholfen. »2009 betraf dies zu über der Hälfte Sozialfälle, 70 Prozent waren Migranten, 29 Prozent behinderte und 17 Prozent vernachlässigte Kinder.« Ärzte, Kinder- und Jugendgesundheitsdienste, Kitas, aber auch die Eltern selbst oder Nachbarn informierten die Beratungsstelle von den Problemfällen. »Mit Briefen luden wir die Familien zu uns ein, führten mit ihnen lange, geduldige und behutsame Gespräche, denen eine umfassende Diagnostik der Situation ihrer Mädchen und Jungen und eine zielgerichtete Therapie folgten«, so der Mediziner. »Wir besuchten ebenso die Familien in ihren Wohnungen, lernten so ihre Lebensumstände besser kennen und verstehen.« Mit Beginn des Jahres wurde von den drei Ärzten einer entlassen, von den ursprünglich 21 Therapeuten – erfahrene Physio- und Ergotherapeuten sowie Logopäden – mehr als die Hälfte.

Nicht dort sparen, wo sich Menschen engagieren

Die unsocialen Streichungen und Kürzungen wurden für den leidenschaftlichen und schon immer sehr sozial denkenden und handelnden Sohn eines Moabiter Holzhändlers unerträglich. Im Februar stellte er seine Funktion als Leiter der Beratungsstelle im Tausch gegen zwei Therapeutinnen zur Verfügung und sucht im Stellenpool eine neue Tätigkeit. Von vielen Eltern, Einrichtungen und Vereinen hat er in den verganenen Wochen viel Beistand erfahren. Seine Berufskollegen beriefen ihn zum Beauftragten für den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte in Berlin.

»Aber die Leidtragenden sind ja die Kinder«, bedauert Dr. Abel. »Geld sollte nicht dort gespart werden, wo sich Menschen für die Lösung gravierender sozialer Probleme engagieren.« Wie recht er hat!

Matthias Herold

Bei anderen gelesen

Der Bundespopulist

Bundespräsident Köhler macht es sich mit seiner pauschalen Kritik an den Finanzmärkten zu leicht. Falsches wird durch Wiederholen nicht richtiger. Köhlers Angriff auf Banker und Finanzmanager ist zweifellos populär. Indem er allzu schlichte Vorwürfe und simple populistische Forderungen wiederholt, beraubt sich Köhler seiner einzigen Einflussmöglichkeit. Als glaubwürdiger Kritiker könnte der Präsident auf offene Ohren treffen, nicht nur beim breiten Publikum, sondern auch bei den neuen Regierungen. Horst Köhler ist auf dem besten Wege, sich überflüssig zu machen.

»Financial Times«, 16.03.2010

Hartz-IV-Kritik lässt ihn nicht kalt

und sei ihm nicht gleichgültig, »diese Verzerrung und vor allem auch die Bewertungen«. In vielen Einzelpunkten seien seine Pläne völlig anders gewesen als die spätere Umsetzung. Hartz: »Sie sollten einmal die Vorschläge lesen, die wir gemacht haben, die einstimmig beschlossen wurden im Jahre 2002. Zum Beispiel über die Laufzeit des Arbeitslosengeldes I, was wir vorgeschlagen haben: 32 Monate, oder die Höhe der Vergütung und auch die Mindestlohnregelungen über die Personal-Service-Agenturen.«

»Frankfurter Rundschau«, 18.03.2010

Persilschein für alle Rassisten

Die Sarrazin-Entscheidung der Sozialdemokraten hat fatale Folgen. Das Problem, dass sich jetzt Rassisten jeglicher Couleur darauf berufen können: Ihre menschenfeindlichen Aussagen können sie mit dem von den Sozialdemokraten ausgestellten Persilschein schmücken. Das ist der eigentliche Schaden, der durch die Sarrazin-Entscheidung entstanden ist.

»taz«, 17.03.2010

Die lauernde Kanzlerin

Die Kanzlerin ist seit fünf Jahren an der Macht, weil sie ihre relative Machtlosigkeit akzeptiert. Sie führt, wohin die Mehrheiten drängen – in ihrer Partei, in der Koalition und an den Urnen. Das nächste Signal, das sie sehr ernst nehmen wird, sind die Wahlen in Nordrhein/Westfalen. Das gibt den Wählern dort sehr viel Macht, auch über die Bundespolitik. Das sollten die Bürger dort nutzen.

»taz«, 18.03.2010

Drei Groschen für die Oper?

Doch der Haifisch – hat keine Zähne...



Fotos: Archiv

Famose Schauspieler – im Berliner Ensemble

Eine Gaunerkomödie mit Hochzeit zwischen Bettlerprinzessin und Gangsterkönig. Jeff Macheath alias Mackie Messer heiratet die Tochter von Peachum (Jürgen Holz), einem Geschäftsmann, der die Firma »Bettlers Freund« betreibt - Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen á la Merkel & Co. Er macht seine Kohle, indem er die, die ganz unten sind, auszieht, um sie in Lumpen zu kleiden: auf dass sie die Herzen erweichen mögen – beim Straßenbettel, für den er die Lizenzen vergibt. Mackie (Stefan Kurt) geht auf Haifisch-Raubzüge, abgesichert durch seine Männerfreundschaft

zum Polizeichef, eine Kumpanei aus gemeinsamer Dienstzeit: »Soldaten wohnen auf den Kanonen...«

Das BE (Berliner Ensemble) ist bei der Dreigroschenoper immer knackevoll. Bob Wilson (Regie) muss daran nicht schuld sein, denn: »Auch die Dümmersten brauchen Brecht hinter die Ohren auf Lebenszeit.«

Zwiespältig das Ganze: famose Schauspieler, die Licht- und Tondramaturgie in künstlerischer Perfektion. Nur die Geschichte, die Bertolt Brecht mit Kurt Weill als Komponist gemacht hat, ist auf der Strecke geblieben: »Denn die einen sind im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht...«

Meine Freundin aus Braunschweig fragt ungehalten: »Warum muss Mackie auch noch schwul sein?« Und ein älterer Herr vor mir meint, an seine Nachbarin gewandt: »Gisela May war das nicht. Milva noch weniger.« Es mag dahin stehen, ob er an Polly (Christina Drechsler) oder Jenny (Angela Winkler) denkt. Mackie zeigt sich tatsächlich gefährlich androgyn oder eher schwul?

Brecht und später Helene Weigel verdichteten in opulenten Bühnenbildern sexuelle Obsessionen, schlampig, schmutzig und politisch. Wilson hat alles in Schwarz und Weiß gemacht. Aber der reitende Bote, der den Gangster Mackie vor dem Galgen rettet, kommt mit blutrotem Mantel daher.

Brecht hat die verlogene Moral eines verheuchelten Bürgertums didaktisch vorgeführt. Das gerierte in der Theatertheorie als Verfremdung. Wilson hat die Verfremdung verfremdet, de facto aufgehoben. Übrig geblieben sind zufällige Zeitbezüge: »Und die minderjährige Witwe... wachte auf und war geschändet...«

Die Bonbons des Stückes: »Und der Haifisch, der hat Zähne...«, sie schleichen unsicher an uns vorbei. Der Kanonensong ist die Ausnahme. Auch Vater Peachum (Jürgen Holz)! Er bricht wohltuend aus dem Regiekonzept aus. Obschon, wie alle Darsteller weiß geschminkt und auf sorgfältig stilisierte Posen getrimmt, erkennt man die alte Schule. Da ist einer, der Brecht in den Knochen hat. Er alleine lohnt schon den Besuch im BE. Ansonsten hat hier der Haifisch keine Zähne mehr und die Inszenierung keinen Biss. »Micky-Mousing« aber kein Polittheater. Zu viel Kunst – zu wenig Brecht.

Verena Werthmüller

Istanbul – schöne Nachbarin

Künstlertausch zwischen Berlin-Mitte und Istanbul-Cihangir

Istanbul, orientalische Diva und quirlige Metropole am Bosphorus, der Schnittstelle zwischen Europa und Asien, hat schon immer unsere Fantasie beflügelt. Berlin und Istanbul sind seit langem durch eine Städtepartnerschaft verbunden. Da war es nicht ganz zufällig, dass der Stadtteilverein Cihangir Guezellestirme Derneği ein Künstler-Austauschprojekt angelegt hat.

Für drei Wochen sind 17 Künstlerinnen und Künstler aus Berlin-Mitte und 19 aus Istanbul-Cihangir in der jeweiligen Partnerstadt Nachbarn gewesen. Dabei sind Arbeiten für das Projekt »Amongst Neighbours« entstanden. An dem Projekt mitgewirkt haben in Berlin unter anderem die Vereine Kolonie Wedding und Förderband e.V.

Als Nachbarn hatten die Künstler mehrere Wochen lang miteinander gearbeitet, disku-

tiert und schließlich in beiden Städten Ausstellungen präsentiert. Istanbul-Cihangir ist übrigens ein kürzlich gentrifizierter Künstlerstadtteil mit ansprechendem Altbaubestand.

Die Berliner Ausstellung fand im März im Kurt-Schumacher-Haus in der Müllerstr. statt. Die Künstler haben die aus großer Nähe entstandene Sicht auf die Welt der »Anderen« in ihren Installationen, Performances, Kompositionen, Texten, Videosequenzen und Fotografien gespiegelt. Ein großer Erfolg ist, dass aus diesen intensiven Arbeitsprozessen eine Kontinuität in der künstlerischen Zusammenarbeit geworden ist.

Interessant ist zum Beispiel der Text der Autorin Tina Veihelmann. Unter dem Titel »Cihangir Nachbarschaften« hat die Autorin ihre Interviews mit BewohnerInnen aus Cihangir in Kurztexten festgehalten. Tina Veihelmann ist Kulturredakteurin der Wochenzeitung »Freitag«. Für die Reportage »Zwei Ufer eines Flusses« (eine Auskoppelung aus dem Buch »Aurith-Urad. Zwei Dörfer an der Oder / Dwie wioski nad Odra) erhielt sie 2007 den Deutsch-Polnischen Journalistenpreis.

Barbara Klinker erweiterte ihr Projekt »Invasion of perfect bodies« – eine Buchreihe mit Fotografien aus Moskau, St. Petersburg, Rom, Berlin und Buenos Aires um eine Istanbul-Ausgabe. Sie übernimmt riesige Werbeplakate und setzt die Porträts von Menschen aus der Realität dagegen. Die Spannung zwischen der Wirtschaftswerbung und den Menschen auf der Straße, verdichtet in einem Bild, schafft eine neue Wirklichkeit.

Die Konzeptkünstlerin Gisela Genthner dokumentierte ihre Arbeit »On the spot«. Sie recherchierte stadtbezirkliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten, die sie mit einer Installation im öffentlichen Raum sichtbar machte.

Rainer Scholz

Auf ein Wort Frau Senatorin!

Mehr Transparenz in der sozialen Arbeit

Wie sind solche Vorfälle wie die bei der Treberhilfe möglich?« Diese Frage wird mir zu recht immer wieder gestellt.

Denn in der Öffentlichkeit herrscht große Ungläubigkeit, dass die Wohlfahrtspflege in der Bundesrepublik zwar über den Staat finanziert, aber nicht regelmäßig kontrolliert wird, und der Staat das auch nur unter eingeschränkten Bedingungen darf. Das sehen die Bundesgesetze so vor. Danach bekommt die Treberhilfe vom Senat vor allem »Entgelte« nach »Kostensätzen«. Mit diesen Mitteln muss sie die Versorgung von Wohnungslosen und ihre Hilfen für Kinder und Jugendliche finanzieren. Diese Entgelte setzen sich zusammen aus Anteilen für Lohnkosten, für Geschäftsführergehälter, Miet- und Energiekosten, Rücklagen und anderes. Wie die Träger die Mittel aufteilen, bleibt ihnen überlassen. Das unterscheidet die »Entgelte« von staatlichen »Zuwendungen«. Diese müssen auf Heller und Pfennig abgerechnet und überprüft werden. Dagegen bietet das Entgelt-System erhebliche Anreize, die Gewinne auf Kosten zum Beispiel der Löhne für die Beschäftigten zu erhöhen. Kontrollieren kann der Senat die Verwendung der Mittel nur dann, wenn der Verdacht besteht, dass ein Träger nicht ordnungsgemäß arbeitet. Außerdem können die Finanzämter kontrollieren, ob die Träger tatsächlich noch gemeinnützig sind. Bei der Treberhilfe liegen Verdachtsmomente vor, dass

ihr ehemaliger Geschäftsführer Harald Ehler die Entgelte nicht ordnungsgemäß verwandt hat. Das prüft jetzt die Staatsanwaltschaft. Das müssen wir abwarten. Politisch setzen wir zwei Hebel in Bewegung. Wir werden Bundsrats-Initiativen starten, um mehr Kontrollmöglichkeiten und Mindeststandards festzuschreiben. Dazu zählen die Tarifbindung von Löhnen und Gehältern für die Beschäftigten, Begrenzung von Gewinnmargen, vernünftige Arbeitsbedingungen. Bis wir die notwendigen Gesetzesänderungen erreicht haben, müssen wir uns auf Berliner Ebene behelfen. Wir streben mit den Wohlfahrtsverbänden einen Ehrenkodex für mehr Transparenz in der sozialen Arbeit an. Das heißt, die Träger sollen ihre Gehaltsstrukturen offen legen und das operative Geschäft strikt von der Kontrolle desselben trennen. Auch die Prüfungskapazitäten in der Senatsverwaltung wollen wir verstärken. Und: was immer die staatsanwaltlichen und steuerrechtlichen Ermittlungen bei der Treberhilfe noch hervor bringen: wir werden alles daran setzen, notfalls eine Auffanglösung zu schaffen für die über 3000 Menschen, die von der Treberhilfe betreut wurden und die rund 280 Beschäftigten, die gute Arbeit geleistet haben.



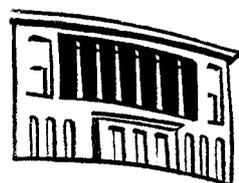
Carola Bluhm

Senatorin für Integration,
Arbeit und Soziales

Berliner Verfassung garantiert die Kinderrechte

Bei der 60. Plenarsitzung des Berliner Parlaments am 11. März 2010 haben die Abgeordneten von den Parteien SPD, LINKE, CDU und Grünen mit einer Zweidrittel-Mehrheit zugestimmt, dass die Kinderrechte in die Berliner Verfassung aufgenommen werden (Drucksache 16/2805 Neu). Die Fraktion der FDP hat dagegen gestimmt, was nicht verständlich ist.

In Artikel 13 der Verfassung von Berlin vom 23. November 1995 wurde folgender Passus eingefügt: »Jedes Kind hat das Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und auf den besonderen Schutz der Gemeinschaft vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes als eigen-



Exklusiv aus dem Berliner Abgeordnetenhaus

ständige Persönlichkeit und trägt Sorge für kindergerechte Lebensbedingungen«. Für die Linke hatte dieses Anliegen schon lange Priorität. Die jetzige Erweiterung der Verfassung bedeutet in erster Linie, dass die Stellung des Kindes als Subjekt, der Anspruch eines jeden Kindes auf Achtung seiner Persönlichkeit anerkannt wird. Alle Entscheidungen, die das Kind betreffen und von Eltern und dem Staat ausgehen, müssen stets am Kindeswohl ausgerichtet werden.

Darüberhinausgehend wird der Begriff

ständige Persönlichkeit und trägt Sorge für kindergerechte Lebensbedingungen«.

Für die Linke hatte dieses Anliegen schon lange Priorität. Die jetzige Erweiterung der Verfassung

Politische Bildung

Mein Profil gehört mir!?

Facebook-Gründer Mark Zuckerberg findet Privatsphäre überholt. Hat er Recht? Einerseits veröffentlichen zunehmend mehr Menschen im Internet Informationen über sich. Andererseits wachsen Kritik und Protest gegen Datenspeicherung und Überwachung – sei es durch Konzerne wie Google oder Regierungen. Wie also sieht die Privatsphäre im 21. Jahrhundert aus? Es diskutieren: Christian Heller, Futurist; Michael Horn, Chaos Computer Club; Anne Roth, Bloggerin; Timo Luthmann, mensch.coop; Moderation: Julia Seeliger, taz.

Mediatuesday – eine Diskussionsreihe von Helle Panke e.V., Linke Medienakademie e.V. und taz.

13.04. 19:30 Uhr

taz-Café,

Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin

Kulturgeschichte der DDR – wie angehen und darstellen?

Wie sind die empirischen Befunde und konzeptionellen Vorschläge für eine ostdeutsche Kulturgeschichte zu bewerten? Wie sollte die Kulturgeschichte der DDR aus heutiger Perspektive dargestellt werden?

28.04. 19:30 Uhr

Salon Rohnstock,

Schönhauser Allee 12, 10119 Berlin

Wenig Hoffnung in Nahost

Reihe »Politik im Gespräch«

Stefan Liebich, MdB;

Moderation: Birgit Pomorin

29.04. 18 Uhr

Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

»Kindeswohl« näher definiert. Der Staat und die Verwaltung sind an konkrete verfassungsrechtliche Vorgaben gebunden.

Für uns ist die verfassungsmäßige Gewährleistung von Kinderrechten aber nicht erledigt. Berlin hat jetzt die Aufgabe, diese Erweiterung mit konkreten politischen Maßnahmen zu begleiten und sich dafür einzusetzen, dass diese Kinderrechte auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ihren Platz finden.

Maßnahmen zu begleiten und sich dafür einzusetzen, dass diese Kinderrechte auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ihren Platz finden.

Kadriye Karci

Mitglied im
Abgeordnetenhaus



Foto: Archiv

Das ist das Letzte

Das letzte Patentrezept zur Abschaffung des Hartz-IV-Elends fand ein Wissenschaftler aus Bremen: Nach 5 Jahren ist Schluss mit der Stütze!

Nun gibt es ja drei denkbare Schlüsse:

1. Alle Arbeitslosen kriegen Arbeit. Aber das hat der Kapitalismus noch nie und nirgends geschafft. Die Linken fordern und fördern den öffentlichen Sektor.

2. Das Einkommen für Hartz-IV wird so aufgestockt, dass es zum Auskommen reicht. Die Linken fordern Aufstockung.

3. Das Ende des Sozialstaates wird dadurch verhindert, dass die Bereicherung der Reichen so weit eingegrenzt wird, dass die Vermehrung der Armut verhindert wird. Die Linken raten zur Vermögens- und Börsenumsatzsteuer, denn wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben.

Das scheitert aber an dem ausgeprägten Zahlungsunwillen der Reichen: Banken geben keine Kredite. Aktionäre verzichten auf keine Dividende. Börsianer verteidigen ihren Bonus mit Klauen und Zähnen. Konzernchefs weinen sich die Augen aus, wenn die Profitrate unter 25 Prozent geht.

Reichskanzler Bismarck und Vordenker Marx haben das gewusst. Bismarck mahnte daher bei Einführung der Sozialversicherung, dass die Maschinerie des Kapitalismus ohne einen Tropfen »soziales Öl« heiß laufen könnte. Und Marx empfahl, die ganze Bande der Plusmacher einfach aufzukaufen. Jetzt wäre übrigens ein idealer Anfang, indem der Staat unsere 500 Milliarden-Bürgerschaft für die Pleite-Bosse nur gegen Anteilsscheine herausgibt!

Aber schon kommt wieder die Rettung der Reichen aus Amerika. Dort hat man vor Jahren die Stütze auf fünf Jahre begrenzt. Ist die Zeit um, fällt der Empfänger auf das harte Pflaster der Bettelei. Nirgends sieht man mehr davon als in den USA. Aber noch endet nach 4 Jahren die Amtsperiode der jeweils Regierenden. Lasst die Westerstelles endlich mal auf das harte Pflaster der Realitäten fallen! **Arthur Paul**

Impressum

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337,

E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.die-linke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz: sternberg media

Druck: Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallellität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 19.3.2010

Ausgabetermin für Nr. 5/10 – 29.4.2010

mittendrin · 4/2010

Zwischen Biomarkt und Luxusloft

Veranstaltung zur Gentrification



Foto: Archiv

Berlin für alle – Wohnungen in der Stadtmitte müssen bezahlbar bleiben

Sanierter Kiez, sauberes Umfeld und eine Fülle von kulturellen Angeboten – wer könnte da Nein sagen. Doch haben diese Vorzüge eine Kehrseite. Steigende Mieten, Abwanderung alteingesessener Bewohner und soziale Spaltung. Dieses Phänomen wird in der Stadtsoziologie »Gentrification« genannt, aber wenig Genaueres weiß man mit diesem Schlagwort anzufangen. Deshalb organisierte die Jugend-BO in Mitte am 11. März eine Veranstaltung im Rahmen ihrer Bildungsreihe zu eben diesem Thema. Als Gast war Dr. Andrej Holm (Stadtsoziologe) geladen, der durch seine profunde Kenntnis den Anwesenden das Phänomen Gentrification näher brachte.

Anhand spannender Fakten, Daten und aktueller Verweise – wie die der Rosenthaler Vorstadt, Kollwitzkiez, Nord-Neukölln oder gegenwärtig die geplante Bebauung um den Mauerpark – wurde geklärt, was Gentrification bedeutet: Es ist der Prozess einer baulichen und ökonomischen Aufwertung von Stadtvierteln, die mit Verdrängungsprozessen sozial und ökonomisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen einhergeht. Typisch für Gentrification sind ein kultureller Wandel in der Nutzung und Wahrnehmung des Quartiers und ein weitgehender Bevölkerungsaustausch von statusniederen durch statushöhere Bevölkerungsgruppen.

Andrej Holm hob hervor, dass dieser Verlauf

Herzlich Willkommen!

Unsere Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE. Bezirksverband Berlin-Mitte

Kleine Alexanderstr. 28

10178 Berlin

Telefon: 030 24 009 336

Fax: 030 24009 337

können Sie Montag bis Mittwoch

in der Zeit von 9.00 bis 16.30 Uhr,

Donnerstag bis 19.00 Uhr und Freitag bis

14.30 Uhr erreichen.

nicht schicksalhaft, sondern steuer- und veränderbar ist. Zum Einen durch die Stadt über die Faktoren Geld, Recht und öffentliches Eigentum und zum Anderen für den Bürger über eine konsequente Ausnutzung des Mietrechts und solidarischer Zusammenschlüsse von Mieterinnen und Mietern in Nachbarschaftsorganisation. Adressat muss aber die Politik bleiben, denn es geht darum, politische Mehrheiten zu mobilisieren. Kernpunkt dabei sollte es sein, zu signalisieren: Hier gibt es eine relevante Mehrheit für eine soziale Stadtentwicklungspolitik.

Gerade den letzten Vermerk des Abends mögen die Anwesenden in ihre politische Arbeit im Bezirk einfließen lassen, so dass Berlin trotz Luxusloft und neben Biomarkt für jeden Einzelnen lebenswert und bezahlbar bleibt.

Robert Bluhm

Wir gratulieren im April zum Geburtstag!

- Zum 89.** Esther Paulus, Werner Wolf
- zum 86.** Ernst Haak, Hans Heilborn, Ursula Mader
- zum 85.** Elise Esterle, Horst Heß
- zum 84.** Annemarie Branstner
- zum 83.** Walter Dame, Hilde Hartitz, Ruth Wenk
- zum 82.** Werner Lemm, Irmgard Lingott, Siegfried Zachmann
- zum 81.** Lucie Bibow, Eva Tägtmeyer
- zum 80.** Erwin Gürnth, Steffi Schuster, Erika Swoboda
- zum 75.** Gottfried Scheffler, Lieselotte Thiel, Elisabeth Weiß
- zum 70.** Siegfried Bartschat, Peter Kaukel, Brita Köhler